

# Verteilkampf in nächster Runde

Als Erstrat hat der Ständerat die Weichen der Agrarpolitik in der Debatte um AP 2011 industriefreundlich und biofeindlich gestellt, strukturpolitisch pfeift er den Bundesrat zurück. Vor der Beratung in der Grossen Kammer stellt die Agrarallianz ihre Anliegen der Öffentlichkeit vor.

Das Ringen um Qualität und Quantität in der Schweizer Agrarpolitik ging in der Wintersession der eidgenössischen Räte in eine weitere Runde. Am 20. Dezember beschloss der Ständerat seine Position zur AP 2011, die von der bundesrätlichen Fassung in zwei Hauptpunkten abweicht: Er weigert sich, Marktstützungsmassnahmen wie etwa die Verkäsungszulage anzutasten, scheut sich aber nicht, das Prinzip der Gesamtbetrieblichkeit der biologischen Produktion aufzuweichen. Damit lässt sich die Position der Mehrheit der im «Stöckli»-Einsitzenden klar umreissen: Die verarbeitende Industrie steht ihnen deutlich näher als die ökologische Produktion und biologische Landwirtschaft.

Dagegen wehrt sich die Agrarallianz, die agrarpolitische Plattform von 15 Kleinbauern-, Konsumenten-, Umwelt- und Tierschutzorganisationen, die mit Bio Suisse und IP-Suisse 24000 Landwirtschaftsbetriebe unter ihren Fittichen weiss. Zuhanden der nationalrätlichen Kommission, die das Geschäft für die Frühjahrssession vorbereitet, ging die Agrarallianz Mitte Januar mit ihrer Enttäuschung über die Politik des Ständerats an die Öffentlichkeit.

Der Grundtenor: Man stehe zu den 1998 eingeleiteten Reformschritten in der Agrarpolitik, diese müsse aber zwingend ökologisch abgestützt und in sozialverträglichem Tempo durchgeführt werden. Dies sei auch das Votum der richtungsweisenden Volksabstimmungen der 1990er-Jahre gewesen.

## Industriefreundlich

An der Ständeratsfassung findet die Agrarallianz besonders störend, dass die Verkäsungszulagen, gegen den Willen des Bundesrates, bei 15 Rappen belassen werden sollen. Verarbeitungsbetriebe würden auf diese Weise auf Kosten der Landwirtschaft alimentiert, wovon die Milchbauern wenig und die Ackerbauern überhaupt nichts hätten. Sinnvoller wären Prämien für die Milchproduktion ohne Silofutter und die Förderung des extensiven Ackerbaus. Aus silofreier Milch könne Rohmilchkäse hergestellt werden,

der an internationalen Wettbewerben die höchsten Auszeichnungen erziele, und Bio- und IP-Getreide sei am Brotmarkt gefragter denn je. Ein klares Bekenntnis zu hoher Qualität stünde der Schweizer Agrarpolitik besser an, denn damit würden Anreize geschaffen, die den Marktteilnehmern, Landwirten und Verarbeitern, zu verbesserter Wertschöpfung an den sich öffnenden Märkten verhelfen.

## Biofeindlich

Vorab Bio Suisse wehrt sich gegen die durch den Ständerat beschlossene Aufweichung der Gesamtbetrieblichkeit im

Bauern besonders wichtig. Die Landwirtschaft dürfe nicht einseitig unter unerträglichen Strukturanpassungsdruck gesetzt werden.

## Massvolle Strukturpolitik

Zumindest was den Strukturwandel betrifft, windet die Agrarallianz dem Ständerat ein Kränzlein: Die Kleine Kammer korrigierte nämlich den Bundesrat in seiner Absicht, den Strukturwandel weiter anzukurbeln, indem sie die vorgeschlagene Umlagerung der Direktzahlungen von kleinen und mittleren hin zu grossen Betrieben aus der AP 2011 kippte.

Bild: Bio Suisse



15 kritische Bauern- und Konsumentenorganisationen appellieren an den Nationalrat.

Bioanbau. Auf Druck der Getreideproduzenten, die auf die hohen Preise und die niedrige Inlandversorgung beim Biogetreide schielen, jedoch nicht ihren ganzen Betrieb auf Biolandbau umstellen mögen, will der Ständerat die sektorielle Bioproduktion zulassen.

Sinn und Geist des Verfassungsauftrags würden durch solche Beschlüsse verwischt, sind sich die 15 Organisationen einig. Sie fordern deshalb vom Nationalrat ein klares Bekenntnis zu einer Landwirtschaft, welche am Markt mit hoher Qualität Erfolge erzielt und auf Tierwohl, Ökologie und qualitativ hochwertige Produkte setzt. In diese Reformen miteinbezogen müssen die vor- und nachgelagerten Stufen werden. Diese Botschaft sei für die Bäuerinnen und

Die bisherige Gangart des Strukturwandels von 1 bis 2 Prozent liege im Rahmen und erfolge grösstenteils beim Generationenwechsel. Ein forciertes Bauernsterben, wie es der Bundesrat anstrebte, hätte negative volkswirtschaftliche Auswirkungen.

Ziel der AP 2011 müsse die Kombination einer auf Mehrwert orientierten Qualitätsproduktion und multifunktionaler Leistungen sein, ohne strukturpolitischen Druck auf die Bauernbetriebe. Dieses Leitbild, welches die Beratende Kommission als ihren Beitrag zur AP 2011 erarbeitet hatte, werde durch den Bundesrat weitgehend ignoriert, beklagt die Agrarallianz. Sie hofft nun auf umsichtige Korrektur durch den Nationalrat.

Alfred Schädeli